

Paul J. J. Welfens

Russlands Angriff auf die Ukraine

Ökonomische Schocks,
Energie-Embargo,
Neue Weltordnung

SACHBUCH

 Springer

Russlands Angriff auf die Ukraine

Paul J. J. Welfens

Russlands Angriff auf die Ukraine

Ökonomische Schocks,
Energie-Embargo,
Neue Weltordnung

Paul J. J. Welfens
Europäisches Institut für Internationale
Wirtschaftsbeziehungen (EIIW)/Universität
Wuppertal und Schumpeter School
of Business and Economics
Universität Wuppertal
Wuppertal, Deutschland

ISBN 978-3-658-38854-6 ISBN 978-3-658-38855-3 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-38855-3>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2022

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Carina Reibold

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Gliederung

Abbildungsverzeichnis.....	IX
Tabellenverzeichnis.....	XI
Vorwort.....	1
1. Der Start des Ukraine-Russland-Krieges.....	25
2. Zeitenwenden im Ukraine-Russland-Krieg.....	49
2.1 Cyberkrieg und digitaler Kampf via Internet	63
2.2 Führende OECD-Geberländer: Eine verwirrende Debatte.....	64
2.3 Bilaterale Perspektiven zum Deutschland-Russland-Handel.....	67
2.4 Internationale Perspektiven.....	68
3. Der Westen und Russland – Beziehungsstille zwischen Großbritannien und Russland über Jahrzehnte	75
4. Energie-Perspektiven	83
4.1 Energie-Importfragen	83
4.2 Politikoptionen zur Verminderung der Importe von Gas aus Russland gemäß Internationale Energieagentur und Leopoldina.....	87
5. Russland-Energieimport-Boycott durch Deutschland und die EU als Politikoption?.....	99
6. Russischer Gas-Lieferboykott gegen europäische Länder.....	103
7. Asien- und Global-Effekte eines EU-Energieimport-Boykotts gegen Russland.....	119
8. EU-China-Russland: Makroökonomische Aspekte, multinationale Unternehmen	127
8.1 Makroökonomische Aspekte.....	129
8.2 Multinationale Unternehmen mit Blick auf Russland.....	146
8.3 Russland-Effekte verminderter russischer Öl- und Gasexporte.....	150

9. Ukraine-Flüchtlinge und ukrainische Gastarbeiter in EU-Ländern sowie Effekte für die Ukraine und die Europäische Union.....	155
10. Wichtige Ukraine-Emigrationsaspekte und EU-Erweiterungsrisiken bei der Ukraine	167
11. Hilfszusagen für die Ukraine: Erfassung, Effekte, Problemperspektiven	181
11.1 Unterstützung der Ukraine durch ausgewählte OECD-Länder	185
11.2 Weitere internationale Perspektiven zu Flüchtlingen	200
11.3 Schlussfolgerungen und weitere Forschung.....	203
12. Szenario-Perspektiven	207
13. Neue Weltwirtschaftsordnung.....	217
14. Freihandel, Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie gehören zusammen...	265
Literatur.....	285
Anhang.....	295
Anhang 1: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen in 2021 (Statistisches Bundesamt, 24.2.2022).....	295
Anhang 2: NATO-Flugzeuge für die Ukraine?	298
Anhang 3: Kommentar: Das Neo-Nazi-Problem der Ukraine (Cohen, 2018); Text, der bei der britischen Nachrichtenagentur REUTERS am 19. März 2018 erschien (Übersetzung PJJW).....	300
Anhang 4: EU-Sanktionen gegen Russland (von EU-Website zur Ukraine-Unterstützung, März 2022).....	301
Anhang 5: OECD Interim Economic Outlook, March 2022 (Ökonomische Modell-Analyse zum Russland-Ukraine-Krieg/ Hauptannahmen und ausgewählte Ergebnisse).....	302
Anhang 6: Gemeinsame Erklärung der Führungen internationaler Finanzorganisationen mit Programmen für die Ukraine und benachbarte Länder (17. März, 2022).....	306

Anhang 7:	Intra-EU-Solidaritätserfordernisse der Mitgliedsländer gemäß EU-Richtlinie für den Gas-Versorgungsnotfall (Auszüge; 2017).....	309
Anhang 8:	Größte Exporteure von Rohöl, Erdgas und Kohle.....	317
Anhang 9:	Zu den wichtigen Branchen mit hoher Stromintensität der Produktion (Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft, 2015).	321
Anhang 10:	Sanktionen gegen Russland (gemäß Spisak (2022), Tony-Blair-Institut)	327
Anhang 11:	Auszug aus dem Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland (2019)	330
Anhang 12:	Indirekte Arbeitsplatzeffekte wichtiger Sektoren in Deutschland (pro 100 direkte Jobeffekte im jeweiligen Sektor)	333
Anhang 13:	Konzeptioneller Rahmen – Schlüsselgrößen im Modell von Bachmann et al.	334
Anhang 14:	Zitierhäufigkeit (2018 bis 10. April 2022) von Eltchaninoff, M. (2018), Inside the Mind of Vladimir Putin, C. Hurst & Co. Publishers, London	336
Anhang 15:	IWF World Economic Outlook Projections, April 2022.....	339
Anhang 16:	Importzoll auf EU-Gas-Markt in traditioneller Betrachtung.....	342
Anhang 17:	Von der Website der EU-Kommission zur Ukraine im Frühjahr 2022 (Europäische Kommission, 2020b)	346
Anhang 18:	Britisch-russische Beziehungen aus Sicht des Sonderausschusses für auswärtige Angelegenheiten des House of Commons (Stand 2017)	351
Anhang 19:	Karte – Ukraine und Russland zwischen US, EU und China	355
Anhang 20:	IWF World Economic Outlook Projections, Juli 2022.....	356
Anhang 21:	Hintergrund zu den politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland	357

Abbildungsverzeichnis

Abb.1:	Karte – Exklave Kaliningrad, Baltische Staaten, Polen und weitere Länder	29
Abb.2:	Google-Trend-Analyse für Deutschland: „Krieg Russland“, „Inflation“, „Rezession“, „Benzinpreis“	39
Abb.3:	Google-Trend-Analyse für die USA: „War Russia“ (Krieg Russland), „Inflation“ (Inflation), „Recession“ (Rezession), „Gasoline price“ (Benzinpreis)	40
Abb.4:	Entwicklung der Rohölpreise auf Tagesbasis, 01.01.2021 bis 21.03.2022	42
Abb.5:	Konjunkturzyklen 1970-2020 in USA, Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und Japan: Jährliche Änderungsrate des realen Bruttoinlandproduktes in % (1970-2020), ausgewählte Industrienationen	44
Abb.6:	Ausgewählte Aktienkurs-Entwicklungen 2019-2022 (Tageswerte): Deutschland, USA, Eurozone, Großbritannien, Japan, China	47
Abb.7:	Reales Wirtschaftswachstum (jährliche Wachstumsrate in %): Aufsteigende Marktwirtschaften und Entwicklungsländer, Welt, Ukraine, Russland, Polen	59
Abb.8:	EU-Gas-Importe von Haupthandelspartnern (Nicht-EU), 2020 und erstes Halbjahr 2021	84
Abb.9:	EU-Öl-Importe von Haupthandelspartnern (Nicht-EU), 2020 und erstes Halbjahr 2021	85
Abb.10:	Russland-Anteile bei Gesamt-Energieimportangebot für ausgewählte Länder, relativ zum inländischen Verbrauch, 2019	100
Abb.11:	Erwarteter Realeinkommensverlust bei einem 20%-Rückgang der Energieimporte (basierend auf OECD, 2022)	107
Abb.12:	CISS-Indikator der Europäischen Zentralbank zur Erfassung von Finanzmarkt-Systemstress in der Eurozone, Januar 2007 bis 25. März 2022.....	111

Abb.13: CISS-Indikatorentwicklung in den USA und in der Eurozone (Tageswerte, 2019 bis 30. März 2022)	112
Abb.14: Vergleich der staatlichen Hilfe für die Ukraine in Prozent des Bruttoinlandsprodukts von Antezza et al. (IfW Kiel, 2022) und Welfens (EIIW, 2022) – die Rolle der Flüchtlinge.....	199
Abb.15: Lieferkettenprobleme in der Eurozone und den USA, 2020-2022 (Januar und Februar)	232
Abb.16: CO2-Preis im EU-ETS, März 2008-Dezember 2021	234
Abb.17: Überweisungen (Remittances) von Gastarbeiter:innen nach Ländern in Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien in Prozent des Bruttoinlandsproduktes	244
Abb. A1. Indirekte Arbeitsplatzeffekte wichtiger Sektoren in Deutschland (indirekte Jobs in anderen Industrien in absoluten Zahlen pro 100 direkte Jobs in den Sektoren selbst)	333
Abb. A2. Übersicht über die Prognosen zum World Economic Outlook.....	339
Abb. A3. Überblick über die Prognosen des World Economic Outlook zu Marktwechselkursgewichten	341
Abb. A4. EU-Gas-Markt und Gas-Importzoll gegenüber Gazprom bzw. Russland.....	343
Abb. A5. Ukraine und Russland zwischen US, EU27 (+ UK) und China.....	355
Abb. A6. Wachstumsdynamik und Inflation in ausgewählten Ländern bzw. Regionen 2020-2022 nach IWF (Juli 2022)	356

Tabellenverzeichnis

Tab.1:	Anteil von Importen fossiler Energie aus Russland am inländischen Energiekonsum ausgewählter Länder, 2019	46
Tab.2:	Top 15 der führenden Länder bei Erdgas-Reserven, Stand Ende 2020	53
Tab.3:	Top 15 Erdgas-Exporteure (in Volumen), Schätzungen von 2017	54
Tab.4:	Länderranking in Prozent des Geber-BIP (bilaterale Zusagen an die Ukraine)	66
Tab.5:	Anteil von Russland in nationalen Nicht-EU-Importen jedes EU-Mitgliedsstaates, erstes Halbjahr 2021; Anteil (%) am wertmäßigen Handel, sortiert nach Gas-Anteil und alphabetisch.....	86
Tab.6:	Erwarteter Realeinkommensverlust bei einem deutschen Energieimport-Boycott gegenüber Russland (DE=Deutschland)....	114
Tab.7:	Gesamte auswärtige Direktinvestitionsbestände (netto) ausgewählter OECD-Länder mit Russland als Partnerland in 2020	148
Tab.8:	Gesamte innengerichtete Direktinvestitionsbestände (netto) ausgewählter OECD-Länder mit Russland als Partnerland in 2020	149
Tab.9:	Fluchtbewegungen aus der Ukraine, Stand 30.03.2022	157
Tab.10:	Technische EU-Säulen: Cluster von Verhandlungskapiteln für die EU-Erweiterung (EU, 2020) (Übersetzung PJJW)	175
Tab.11:	Bewertung der Umsetzung der wichtigsten Bestimmungen der Assoziierungsabkommen und DCFTAs durch die Ukraine (Anfang 2022) (Übersetzung PJJW)	176
Tab.12:	Gesamtzusagen für Hilfe an die Ukraine durch ausgewählte europäische und andere Länder – Erweiterung von Antezza et al./ IfW Kiel (2022): Plus Zusagen für Flüchtlinge (in zwei Szenarien), sortiert nach minimaler Gesamtzusage in der vorletzten Spalte	187

Tab.13: Gesamtzusagen für Hilfe an die Ukraine durch ausgewählte europäische und andere Länder – Erweiterung von Antezza et al. (2022): Plus Zusagen für Flüchtlinge (in 2 Szenarien) in % des BIP des Landes (2020), sortiert nach der minimalen Gesamtzusage in der vorletzten Spalte	191
Tab.14: Gesamtzusagen der Hilfe für die Ukraine durch ausgewählte europäische und andere Länder – Erweiterung von Antezza et al. (2022): Plus Zusagen für Flüchtlinge (in zwei Szenarien) in % als Anteil an den Gesamtzusagen, sortiert nach Anteil der Flüchtlingszusagen.....	195
Tab.15: Verteilung politischer Macht in der EU27 und in einer EU28 inkl. Ukraine (nach dem Banzhaf-Index (BI)), auf Grundlage von Kirsch (2022).....	237
Tab.16: Korruptionswahrnehmungsindex für ausgewählte Länder.....	241
Tab.17: Reales Bruttoinlandsprodukt (in Kaufkraftparitäten) in 2020; in Millionen US-Dollar und als Anteil am Welteinkommen im Jahr 2020	257
Tab. A1: Top 15 Exportländer von Rohöl in 2020, exportierter Wert in Tausend US\$	317
Tab. A2: Top 15 Exportländer von flüssigem Erdgas in 2020, exportierter Wert in Tausend US\$	318
Tab. A3: Top 15 Exportländer von Kohle in 2020, exportierter Wert in Tausend US\$	319
Tab. A4: Top 15 Exporteure von Erdgas (in Volumen), Schätzungen von 2017.....	320

Vorwort

Der Ukraine-Russland-Krieg ist eine Zeitenwende für Europa und die Weltwirtschaft. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine – gestartet am 24. Februar 2022 – steht für einen internationalen politischen Vertrauensbruch von Präsident Putin und einen von Kriegsverbrechen geprägten Angriff auf die Ukraine mit ihren 44 Millionen Einwohnern Ende Februar. Von denen waren binnen sechs Kriegswochen schon rund fünf Millionen ins Ausland geflüchtet: vor Zerstörung, Leid und Tod. Weder ist Russland der von Präsident Putin intern angekündigte schnelle Sieg über die Ukraine gelungen, noch hat sich dessen Erwartung erfüllt, dass Russlands Truppen als Befreier seitens der Bevölkerung der Ukraine begrüßt werden. Neben dem militärischen Ukraine-Russland-Krieg hat sich im Kontext der massiven westlichen Sanktionen und russischer Gegensanktionen ein neuer internationaler Wirtschaftskrieg entwickelt.

Welche Wirtschaftssanktionen dabei gerade im Energiebereich – Öl und Gas betreffend – optimal sind, ist in der ökonomischen Analyse in Deutschland und vielen anderen EU-Ländern sowie den USA und Großbritannien kontrovers. Speziell in Deutschland und der EU sowie in den Vereinigten Staaten werden Energieimport-Embargo-Fragen mit Blick auf Russland kritisch diskutiert. In den Medien wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die EU-Energieimporte aus Russland dessen Kriegsausgaben weitgehend finanzierten. Was wie eine plausible Aussage klingt, ist in näherer Betrachtung nicht wirklich überzeugend. Wie wären die Effekte etwa eines Gas-Import-Boykotts der EU beziehungsweise eines denkbaren EU-Importzolls auf russische Gas-Exporte Richtung Europäische Union? Wenn Deutschland oder die EU insgesamt durch Gas-Embargo-Entscheidungen in Russland – den Export betreffend – oder in der EU – den Gas-Import aus Russland betreffend – von Gas-Engpässen bei Haushalten und Industrie betroffen wären, wie will man die Probleme eines kurzfristigen Gas-Engpasses beziehungsweise sehr starker Gas-Preiserhöhungen bewältigen? Das EU-Ölimport-Embargo vom Juni 2022 wird wenig bewirken, da Russland das in der EU nicht abverkaufte Öl in Asien verkaufen können.

Wenn man etwa den Gas-Einsatz bei der Stromerzeugung deutlich vermindern wollte, so müsste man mit einem Mehr an Kohleeinsatz in der Stromerzeugung dem Problem eines Gas-Engpasses entgegentreten. Damit aber käme es zu

einer starken Erhöhung von CO₂-Emissionen im EU-Energiesektor, was doch gerade mit Blick auf das EU-Ziel von Klimaneutralität bis 2050 eigentlich zu verhindern wäre. Der Ukraine-Russland-Krieg bringt viele Probleme, darunter gleich ein wichtiges für die ganze Welt – jenseits einer denkbaren Kriegsgefahr: Dass nämlich das Ziel der Klimaneutralität nun viel schwerer erreicht werden kann als bisher. Das bedeutet, dass im weiteren Sinn die Kriegskosten nicht nur für die Ukraine und Russland sehr hoch sind, sondern für die ganze Weltwirtschaft. Wenn diese Kriegskosten – breit definiert – aber tatsächlich so hoch sind, wenn es globale Kriegseffekte gibt, warum hat man aus Sicht von Geheimdiensten und der Wissenschaft den möglichen Kriegsfall mit Blick auf Ukraine-Russland nicht viel früher vorhergesehen? Weshalb hat man den Krieg nicht verhindert – oder: Wer sind – jenseits von Putin und seinen Generälen - die Schuldigen an diesem Krieg?

Zu den interessanten Einsichten dieses Buches gehört nicht nur eine viele breitere Problemsicht des Ukraine-Russland-Krieges als dies gewöhnlich in den bislang erschienenen Publikationen der Fall ist. Vielmehr gibt es auch zusätzliche Erkenntnisse, die allerdings bisweilen auch sonderbarer Art sind: Etwa, dass man für 18 € schon 2015 in einem französischen Buch von Michel Eltchaninoff, eines Philosophie-Professors, Grundlegendes und Beunruhigendes zur Ideologieentwicklung von Wladimir Putin hätte lesen können (2015: Französische Fassung seines Buches über Putin: *Dans la tête de Vladimir Poutine*; deutsche Ausgabe, 2016: *In Putins Kopf*; 2. Auflage 2022; englische Ausgabe *Inside the Mind of Vladimir Putin*, 2018). Der Autor dieser Zeilen äußert im Übrigen seine Verwunderung darüber – wie vermutlich mehr als 90% der Leserschaft dieses Buches –, dass russisch-britische Staatsbesuche (etwas pointiert formuliert) nur alle 129 Jahre zustande kommen; und man das in London und Moskau offenbar für durchaus ausreichend hielt. Als Premierminister Cameron 2011 Moskau besuchte, gab es Anzeichen für eine gewisse Bereitschaft zur Verbesserung auf britischer Seite, aber dieses Tauwetter in den diplomatischen Beziehungen hatte sich bereits 2014 merklich abgekühlt, als Präsident Putin Anfang 2014 beschloss, Teile der Ukraine zu besetzen. Putin war sich offenbar nicht im Klaren darüber, wie viel auf dem Spiel stand, als er in jenem Jahr russische Truppen in die Ukraine beorderte.

Zu den ökonomischen internationalen Effekten des Krieges gehört der massive Anstieg der Öl- und Gaspreise – und in deren Windschatten eine Inflationserhöhung – und eine deutliche Abschwächung des Wirtschaftswachstums in den Industrie- und Schwellenländern. Russlands Wirtschaftsleistung wird mittel-

fristig um mehr als 10% einbrechen; mit Bremseffekten auch auf die Wirtschaft zentralasiatischer Länder via vermindertem Handel und reduzierter Gastarbeiterüberweisungen aus Russland in diese Länder. Länder mit schwachem Wirtschaftssystem wie Sri Lanka und einige weitere Länder in Asien, die mit Versorgungslücken bei Benzin und Brot sowie anderen Grundnahrungsmitteln kämpfen, stehen auch vor ernststen Problemen.

Der Analyse-Radius zum Ukraine-Russland-Krieg wird oft zu eng gezogen. Immerhin versteht man aber seit Mai 2022, dass bei diesem Krieg nicht nur die Frage der Energiemarkt-Entwicklungen auf der Agenda steht. Vielmehr geht es auch um Weizen-Exporte der Ukraine und um Weizen-Exporte von Russland, wobei der russische Präsident Putin faktisch bei beiden Ländern Exportbarrieren errichten kann. Die EU hat angekündigt, man werde bei Beschränkungen von Ukraine-Weizenexporten via Schwarzmeerhäfen der Ukraine zu verstärkten LKW- und Bahn-basierten Exporten Richtung Westen verhelfen; die im Mai 2022 sichtbaren sehr langen LKW-Schlangen in der Ukraine an deren Westgrenzen ließen allerdings von unbürokratischen EU-Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine wenig erkennen.

Der Westen, der schon in 2021 von erhöhter Inflation geprägt war – verursacht zum Teil durch gebrochene internationale Lieferketten (man denke etwa an das für eine Woche im Suez-Kanal feststeckende Container-Schiff „Ever Given“) –, sieht sich Mitte 2022 im Kontext des Ukraine-Russland-Krieges vor Inflationsraten in fast zweistelliger Höhe gestellt. Zunächst spielen hier wieder unterbrochene internationale Lieferketten eine Rolle, da Chinas Null-Covid-Politik im Fall von Shanghai und anderen Hafenstädten für Wochen einige der größten Häfen der Welt und auch wichtige Produktionsstätten in China lahmlegte. Aber hinzukommen, diesmal wegen des Krieges, steigende Energiepreise und steigende internationale Getreidepreise. Hier kann Russlands Kriegsführung und dessen Außenwirtschaftspolitik in vielen Ländern des Westens, und nicht nur dort, zu einem ernststen Inflationsproblem beitragen.

Es besteht eine gewisse Gefahr für eine Lohn-Preis-Lohnspirale, die aber auch vorübergehend sein kann, wenn Geldpolitik und Einkommenspolitik sinnvoll zusammenwirken. Dass die Arbeitslosenzahlen vorübergehend in den EU-Ländern und den USA sinken, ist einem neuen Phillips-Kurvenphänomen zu verdanken: Unerwartet hohe Inflationsraten sorgen für ein Sinken des Reallohnsatzes bei den Beschäftigten und Arbeitgeber:innen stellen dann mehr Personal ein (solange die Nachfrageerwartung nicht einknickt). Putin mag hoffen, dass hier im Westen politische Unruhe entsteht und die Unterstützung für die Ukraine

mittelfristig dann dort nachlässt. Allerdings versteht man in der EU, dass ein Fall der Ukraine Russlands militärische Aggressionneigung gegen osteuropäische Länder kritisch verstärken dürfte.

Russlands Überfall auf den Osten und Süden der Ukraine brachte einen vorläufigen russischen Erfolg, indem die Invasionstruppen vier Monate nach dem Angriff vom 24. Februar 2022 Mariupol, die zweitwichtigste Hafenstadt der Ukraine, besetzten. Der militärische Ansatz, die Ukraine vom Asowschen Meer abzuschneiden, scheint teilweise zu gelingen. Von einer breiten Einnahme der Ukraine ist Russlands Militär aber weit entfernt; die volle Einnahme des Donbas scheint jedoch möglich zu sein. Der Abwehrkampf der Ukraine ist über Monate relativ erfolgreich gewesen, sicher nicht zuletzt dank der Unterstützung des Westens in Form von Waffenlieferungen.

Der russische Überfall auf die Ukraine Ende Februar ist, so zeigen neuere Informationen und Reaktionen der Politik, ein seit mindestens Mitte 2021 erwarteter Angriff Russlands gewesen. Aber es hätte mindestens im Jahr 2016 gelten können, dass man nach Lektüre des Buches von Michael Eltchaninoff die ideologische Neuorientierung von Putin (nach 2012 spätestens, dem Jahr seiner Wiederwahl nach einer verfassungsmäßigen Pause als Präsident) klug aufgenommen hätte. Nicht ganz überraschend ist das Ausmaß an westlicher Unkenntnis und wohl frühen gefährlichen Politikentwicklungen im Verhältnis des Westens zu Russland, wenn man gelesen hätte, dass hohe Staatsbesuche aus Russland in London nur alle 129 Jahre stattfinden. Das ist mit einer Spur Zynismus eine Anspielung auf Putins Staatsbesuch in Großbritannien im Jahr 2003. Russland hat im Übrigen einen strukturellen Vorteil als großes Land – die schiere Größe macht es kaum angreifbar mit Aussicht auf Erfolg (Napoleon und Hitler gehörten zu jenen Politikern, die das mit einem hohen Preis lernen mussten). Die Größe ist aber auch ein struktureller Nachteil bei der Wahl der Staatsform: Ein so großes Land als Demokratie zu entwickeln ist denkbar, aber der Mangel an Auslandsreisen – als Folge der Größe – ist in der politischen Debatte ein Nachteil für die Demokratieverankerung in einem Land mit 144 Millionen Einwohnern.

Wer in den Niederlanden wohnt, hat nach maximal sechs Stunden Flug Dutzende Demokratien zu einem günstigen Preis erreicht. Wer innerhalb Russlands sechs Stunden fliegt, ist bei vielen Flügen immer noch in Russland, sofern man nicht in Nord-Süd-Richtung geflogen ist. Immerhin – nach 1991 entstanden neue Reisemöglichkeiten für die oberen 20 Millionen, etwa nach Athen, Paris, Berlin, London oder Lissabon; auch dank der neuen Billigflug-Anbieter aus Russland und aus EU-Ländern. Diese knapp 15% der russischen Bevölkerung

konnten westliche Länder besuchen. Aber die Zeit war offenbar zu kurz, um eine große Mehrheit der russischen Bevölkerung für westliche Ideen zu gewinnen.

Die Länder, die man als Tourist aus Russland erreicht, sind auch nicht gerade Beispiele für Demokratien, von der Türkei, einem fragilen Libanon und Israel abgesehen. Das populistische Versprechen jeder Autokratie, dass man für Wohlstand und Stabilität – auch konservative Traditionen – sorgen werde, mag zudem attraktiv klingen in einem Land, das die eigene Entwicklung als relativ stabil einordnet und etwa den Übergang zur Marktwirtschaft in die Demokratie im Jahr 1998 in Form eines schockierenden Wirtschaftseinbruchs erlitt. Das war, bevor eine breite demokratiefreundliche Privatisierung erreicht worden war – wie dies etwa in Polen, Tschechien und der Slowakischen Republik sowie Bulgarien bis 1997 ansatzweise gelungen war. In der Ukraine und in Ungarn gab es wenig an breiter Privatisierung, die Ukraine realisierte wie Russland 1998/99 eine Oligarchen-Privatisierung, was eine sehr starke Konzentration des Reichtums in den Händen sehr weniger bedeutet. In Ungarn gab es eine nur schwache einheimische Unternehmerschaft in vielen Sektoren, weil Ungarn die Privatisierung der Wirtschaft zunächst in einer Art internationaler Ausschreibung für ausländische Multis als Großinvestoren organisierte.

Auf dem Balkan behielt Russland in einigen Ländern einen Teil seiner alten Einflussmöglichkeiten, Serbien ist – nicht erst seit dem Kosovo-Krieg – ein wichtiger Partner, der aber gleichzeitig ökonomisch Richtung Europäische Union (EU) strebt. All diese Änderungen betrachtete die Trump-US-Administration in 2016-2020 als relativ uninteressant – überliefert ist der Satz, dass die USA sich für die Ukraine nicht interessiert. Den Afghanistan-Abzug erlebt der Westen 2021 in einem schmachvollen Abgang, der militärisch gesehen nur wenig besser als der Abzug Russlands aus Afghanistan 1989 war. Auf die Instabilität der teilweisen westlichen Besatzung Afghanistans war der Sieg der militärtechnologisch unterlegenen Taliban gefolgt, was weder für Russland noch die USA als militärische Supermächte einfach zu verstehen ist.

Russland verstand den US-Abzug aus Afghanistan sicher als Zeichen militärischer Schwäche des Westens. Im Übrigen sorgte Präsident Putins Hilfe für Syriens Autokraten Assad, dass dieser sich 2020/2021 an der Macht halten konnte und die vom Westen unterstützten Gegner als Verlierer dastanden; dazwischen noch die Terror-Gruppe des Islamischen Staates, dessen Geburt man in Russland seitens der politischen Führung der chaotisch wirkenden Intervention der USA im Irak zuschrieb. 2022 schien aus Präsident Putins Sicht eine gute Gelegenheit, das „ukrainische Brudervolk“ (in „Klein-Russland“) heim nach Russland zu führen.

Zu der Sicht, dass die Ukraine eigentlich klar zu Russland gehöre, kam Putin im Verlauf etwa eines Jahrzehntes: mit einer Putin-Ideologie, die auf wenigen russischen Philosophen aufbaute, die Michel Eltchaninoff in seinem Buch zitiert; und aus Putin-Sicht war die Nutzung des russischen Militärs für eine Intervention in der Ukraine relativ attraktiv, vor deren Abspaltung von Russland der Philosoph Iwan Iljin schon früh gewarnt hatte – mit der Ankündigung, dass dies von Seiten des Westens geschehen werde unter den Überschriften Befreiung der Ukraine und Demokratie.

Schon 2014 war die Krim-Intervention im Handstreich gelungen und Putins Argument, dass die Krim politisch-kulturell schon immer Teil Russlands war, schien man nicht leicht von der Hand weisen zu können; zumal wohl eine demokratische Abstimmungsmehrheit der regionalen Volksabstimmung eine Mehrheit für den Anschluss an Russland erbrachte. Für Putin steigerte der Krim-Anschluss die Versuchung, mit seinem Militär neue „Erfolge“ zu erreichen. Der aus Sicht des Westens überraschende Ukraine-Russland-Krieg von 2022 ist eine Zeitenwende und droht die gewachsene Weltwirtschaftsordnung zu zerstören. Für Deutschland beziehungsweise die Europäische Union sowie die Ukraine, Russland, die USA und China steht in diesem Konflikt viel auf dem Spiel. Die gewachsene Weltwirtschaftsordnung als breit akzeptiertes Regelwerk, mit Einbeziehung von China und Russland in der Welthandelsorganisation, steht auf dem Spiel. Der Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland ist ein ernster Konflikt.

Die folgende – im Kern – ökonomische Analyse richtet den Blick zunächst auf die Handels- beziehungsweise Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland. Fragen eines möglichen EU-Energie-Import-Embargos – mit Fokus auf Öl- und Gaslieferungen aus Russland – betreffen wichtige sektorale und gesamtwirtschaftliche Aspekte: ökonomische Effekte weltweit, die man im ersten Halbjahr 2022 gerade auch in Deutschland und der EU sowie den USA kontrovers diskutierte. Wichtige Fragen zu den Effekten großer Flüchtlingsbewegungen aus der Ukraine Richtung Ost- und Westeuropa werden thematisiert; auch Aspekte von Integration und Migration sowie Probleme einer möglichen Ukraine-Erweiterung der Europäischen Union stehen im Fokus der Betrachtung.

Geben Deutschland und andere EU-Länder sowie Großbritannien und die USA genug an humanitärer, finanzieller und militärischer Unterstützung für die Ukraine? Eine hierzu entstandene kontroverse Debatte aus der ersten Hälfte von 2022 wird kritisch reflektiert, bevor das Schlusskapitel Perspektiven für eine neue Weltordnung nach dem Ukraine-Russland-Krieg ausleuchtet. Fragen der Neuen

Politischen Ökonomie der internationalen Wirtschaft richten sich hier auf die Entwicklungen des nächsten Jahrzehntes.

Auch wenn man naturgemäß bei einigen wichtigen Punkten nur eine Szenario-Analyse vornehmen kann, so ist dennoch nicht zu übersehen, dass es ernste Gefahren gibt: dass das bestehende System regelgebundener internationaler Politik in Verbindung mit wirkungsmächtigen Internationalen Organisationen untergehen könnte. Aber auch der „Politikclub“ der BRICS-Länder – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – steht vor neuartigen Spannungen. Dabei nutzt Russland in einer historischen Abkehr der Exportpolitik der Sowjetunion die Energie-Exportpolitik als politische Waffe, was Russlands Position kurzfristig stärken mag, aber die Verlässlichkeit des Landes international auf viele Jahre in Zweifel stellen wird. Dass man in Teilen der EU-Politik Energieimportsanktionen gegen Russland als Mittel sehen will, um Russlands Kriegsfinanzierung zu schwächen, ist im Übrigen bei näherer Betrachtung globaler Anpassungsvorgänge vor allem Wunschdenken. Zugleich ist festzustellen, dass Russland kein Rechtsstaat mehr ist, da das wichtige Prinzip der Verhältnismäßigkeit von Strafen nicht mehr gilt: Wer Putins Einmarsch in die Ukraine Krieg nennt, wird zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Deglobalisierung und Chaos in vielen Teilen der Welt – mit und ohne militärische Konflikte – sind als Negativszenario denkbar. Selbst wenn man ein Negativszenario vermeiden kann, so sind doch kritische und schwierige Fragen zu beantworten, nämlich wie man zunächst nach einem Friedensschluss eine gewisse ökonomische Stabilisierung erreichen kann; und welche Reformen für einen global einflussreichen und kooperativen „Westen+“ unabdingbar sind. Dabei bezeichnet Westen+ die Erweiterung der Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) um bestimmte G20-Länder, etwa Indien und Brasilien; ob man mit China und Russland die frühere hohe Expansionsdynamik in den Wirtschaftsbeziehungen nach einem Friedensschluss zwischen der Ukraine und Russland seitens des Westens beibehalten kann und will, ist eine offene Frage. Die Globalisierung dürfte selektiver werden, wobei die USA und die EU im neuen TTC-Ansatz (EU-US Trade and Technology Council; Handels- und Technologierat EU-USA) hier schon seit 2021 – schon vor dem Ukraine-Russland-Krieg – auf mehr Kooperation etwa im sicherheitsrelevanten Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie setzen. Aus westlicher Sicht gibt es Argumente, dass man die globalen Lieferketten flexibler organisieren und damit gerade auch autokratischen Lieferländern weniger politische Macht geben sollte; diese Macht ist oft mit staatlichen

Unternehmen verbunden. Die USA fordern die EU auf, ein Friendship-Shoring einzuführen; dass man industrielle Vorprodukte nur aus verbündeten Ländern einführt.

Auf die EU kommt eine besondere Herausforderung zu, da sich die Frage einer Ukraine-Erweiterung stellen wird. Eine solche Erweiterung brächte einen Konflikt in der Frage der Reihenfolge von Kandidaten- beziehungsweise Mitgliedsländern. Es gibt zahlreiche Kandidatenländer, unter anderem die Türkei und Länder des Balkans, die zeitlich quasi vor der Ukraine stehen. Dass letztere wiederum in besonderer Weise geltend machen will, die für einen EU-Beitritt geforderten Kopenhagen-Kriterien zu erfüllen und dass im Übrigen die bisherigen EU-Länder ohne Weiteres einen Ukraine-Beitritt problemlos verkraften könnten, ist kaum als realistisch zu sehen. Ein rascher Ukraine-Beitritt könnte wiederum für die EU ernste Probleme bringen, nämlich den nächsten BREXIT; oder mehrere solche Fälle. Der Beitritt der Ukraine mit rund 40 Millionen Menschen zur EU könnte wiederum erhebliche Verteilungskonflikte innerhalb der Europäischen Union bringen, wo westliche EU-Mitgliedsländer und auch einige osteuropäische Mitgliedsländer dann kaum noch EU-Finanzmittel erhalten dürften (1993 hatte die Ukraine noch 52 Millionen Einwohner). Im Übrigen wird Deutschland eine besondere Rolle spielen, die auch auf eine militärische Stärkung Deutschlands hinausläuft; ob das zur Stabilität in Europa dauerhaft beiträgt, bleibt abzuwarten.

Der Europäischen Kommission kommt eine besondere Funktion bei den anstehenden EU-Erweiterungen zu; natürlich auch bei Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine, was die Kommission bereits im Vorfeld im Mai und Juni 2022 sichtbar unterstützt hat; der Europäische Rat hat Mitte 2022 grünes Licht für die Ukraine als EU-Kandidatenland gegeben. Sonderbar ist allerdings, dass ausgerechnet Eurostat die Ukraine-Bevölkerungszahlen seit einigen Jahren ohne die Krim-Einwohnerschaft aufführt beziehungsweise eine geringere Bevölkerungszahl für die Ukraine ausweist als die Weltbank. Letztere weist für das Jahr 2018 44,6 Millionen aus, Eurostat als Statistikamt der EU aber nur 42,3 Millionen als Bevölkerung der Ukraine in 2018 (Demographic Statistics for the European Neighbourhood Policy-East Countries, 2019 edition, Brussels: Es gibt dort einen Hinweis auf einen statistischen Bruch, der – sic! - wohl Russlands Annexion der Krim meint). Die Bevölkerungszahl von Ländern spielt unter anderem bei gewichteten Abstimmungen im Ministerrat eine wichtige Rolle; und natürlich ist es eine politische Frage, wie die EU beziehungsweise die Weltbank die

Bevölkerungszahl der Ukraine ermittelt. Der ungelöste Krim-Konflikt sollte, so steht zu hoffen, eines fernen Tages wohl diplomatisch zu lösen sein.

Es ist dabei eine ernste Herausforderung seitens des Westens insbesondere zu China und Russland längerfristig bessere Beziehungen aufzubauen, die nachhaltig sein können. Dass Demokratien des Westens Probleme haben werden, mit einem autokratisch regierten China und einem autokratischen oder gar totalitären Russland gute Beziehungen aufzubauen, wird man als nicht überraschend ansehen. Gelingt es nicht, friedliche kooperative Beziehungen – zunächst mit einem Fokus auf der Wirtschaft – zu entwickeln, so könnte eine Serie von neuen gefährlichen internationalen Konflikten im 21. Jahrhundert entstehen; Konflikte, die womöglich schwer zu kontrollieren sein werden. Chinas Interesse an Russland ist geostrategisch und ideologisch begründet, der Westen ist der im Vergleich zu Russland viel größere Markt. Zudem kommen aus dem Westen moderne Technologien (auch in Form von Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen).

Was die Herausforderung zwischen dem Westen und Russland angeht, so kann man exemplarisch auf die zwischen 1991 und 2021 bestehenden Beziehungen zwischen Großbritannien und Russland verweisen, die sich über verschiedene Phasen nach 1991 hinweg fast kontinuierlich verschlechtert haben: Teilweise, weil Russland eine wenig realistische Außenpolitik mit Blick auf das Vereinigte Königreich entwickelt hat; aber auch weil London sich relativ wenig Mühe gegeben hat, mit Russland bessere Beziehungen im Zeitablauf aufzubauen. Außer der gemeinsamen Bekämpfung von Piraten in Asien – ein Problem im Gefolge der Asien-Krise 1997/98 – haben London und Moskau kaum kooperative Projekte entwickelt.

Die USA und die EU haben mit Russland immerhin ein gemeinsames Weltraum-Projekt realisiert, aber ob die Internationale Raumstation nach dem Ukraine-Russland-Krieg noch ein lebensfähiges wissenschaftliches Projekt mit Beteiligung der USA und Russlands sein wird, bleibt abzuwarten. Zur Zeit soll die Kooperation gemäß Putins Erklärung nicht fortgesetzt werden. Dass der Ukraine-Russland-Krieg die Reihen in den Ländern des Westens plus Japans geschlossen hat, kann man vorübergehend feststellen; aber auf Dauer wohl kaum.

Aus Sicht der EU-Länder ist seit 2016 eine neue Unsicherheitsphase entstanden:

1. Weil in den USA mit Donald Trump ein populistischer Präsident ins Amt kam, der für politische Polarisierung steht, die den Zusammenhalt der US-Bevölkerung mindert – die traditionelle US-Führungsrolle im Westen schwächt; der nächste Trump ist mittelfristig zu erwarten (wie

- das Buch *Der globale Trump schlüssig zeigt*). Die USA-EU-Harmonie unter Biden wird keine dauerhafte Charakteristik der transatlantischen Beziehungen sein.
2. Da die EU durch den BREXIT, in Brüssel und London weithin unverstanden als Ereignis (siehe das Buch *BREXIT aus Versehen*), ökonomisch geschwächt ist; ebenso wie das Vereinigte Königreich, wo Boris Johnson als Premier mit einer Neigung zur öffentlichen Unwahrheit das politische System des Landes geschwächt hat – und die Wirtschaft via BREXIT mit, als dessen großer Befürworter er 2016 auftrat. Mit dem BREXIT hatte sich aus Sicht Russlands jedenfalls unverhofft eine Schwächung des Westens ergeben.
 3. Zudem sind die ökonomischen Globalisierungschancen via Handel und Direktinvestitionen nach drei Jahrzehnten vermutlich an eine Grenze gestoßen – das Risiko der Globalisierung und auch einer regionalen Desintegration, siehe BREXIT und die Fragen nach weiteren EU-Austritten, ist am Horizont sichtbar.

Mit Putins Tabu-Bruch Krieg gegen die Ukraine ist der Krieg als Problem nach über 70 Jahren zurück in Europa. Es stellt sich gerade dann die Frage, ob es der EU gelingen wird, den EU-Integrationsprozess sinnvoll zu gestalten beziehungsweise zu stabilisieren. Wenn die Europäische Union nach dem Ukraine-Russland-Krieg in instabile neue Integrationsprojekte hineinstolpern sollte, so wird die EU schrittweise zerfallen und neben die schon destabilisierten USA wäre dann wohl eine destabilisierte Europäische Union getreten, an deren Seite sich wiederum ein Zerfall des Vereinigten Königreiches vollzöge. Dann droht der Abstieg des Westens mit seinen drei Pfeilern stabile Demokratie, Rechtsstaat und stabilisierungsfähige Wirtschaft. Eine global erfolgreiche Politik hin zur Klimaneutralität auf der Welt bis zur Jahrhundertmitte ist dann Illusion.

Für eine erfolgreiche Politik zur Klimaneutralität bis 2050 bräuchte man sicherlich alle G20-Länder, inklusive Russland. Letzteres ist unter Putin ein Land geworden, wo der Präsident sich teilweise zu Recht über eine Ostexpansion der NATO beklagen mag, wo dieser Präsident aber vor allem die von der NATO ausgehende Bedrohung Russlands deutlich übertreibt; bis hin zu der sonderbaren Behauptung vom 9. Mai 2022 auf der Militärparade in Moskau, dass die NATO vorhabe, die von Russland 2014 annektierte Krim-Region militärisch zu erobern.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine entsprang einem militärischen und politischen Kalkül, das auf einen raschen militärischen Sieg Russlands und die Absetzung der legitimen Regierung in der Ukraine setzte, und deren Ersetzung durch russlandfreundliche Politiker:innen zum Ziel hatte. Dieser Plan war schon Anfang Mai 2022 sichtbar gescheitert. Das politische Erbe von Präsident Gorbatschow mit positiven Perspektiven für Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaat konnte nicht gewahrt werden (Gorbatschow traf ich selbst zwei Mal, einmal in Boston und einmal in Linz/Österreich – das war jeweils schon nach der Amtszeit von Gorbatschow; meine erste wissenschaftliche Begegnung mit Osteuropa – zu sozialistischen Zeiten – ergab sich auf einem Workshop junger Wissenschaftler:innen in Warschau (1982) und das Publikationsergebnis eines Folge-Workshops war einige Jahre später das Buch „Innovationsdynamik im Systemvergleich“ (1988), herausgegeben zusammen mit Leszek Balcerowicz; auf Russisch erschien ein Tagungsband „Russlands Wirtschaft: Transformationserfahrung der 1990er Jahre und Entwicklungsperspektiven“ von einem Workshop in Moskau und weitere Bücher zu Transformationsfragen auf Englisch).

In den 1980er Jahren, als die sozialistische Systemkrise der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder begann, hatte sich Russlands Position gegenüber dem Westen an einer Stelle im Außenhandel verbessert: nämlich beim Anteil von Öl und Gas an den westlichen Energieimporten. Russland konnte hier ökonomisch von der politisch verschlechterten Beziehung der EU und der USA zu den OPEC-Ländern im arabischen Raum profitieren.

Unter Gorbatschow verbesserten sich die Beziehungen Russlands zum Westen zeitweise. Nachdem Präsident Jelzin von Präsident Gorbatschow die Macht übernommen hatte, dauerte es noch bis 2003, bis der weitere Nachfolger, Wladimir Putin, dann Großbritannien besuchte – der erste Besuch eines russischen Staatsoberhauptes in London seit 1874. Dass man sich in London und Moskau auch schon 1875-1917 wenig Mühe in Sachen hoher Staatsbesuche gemacht hatte, ist offensichtlich. Der Zweite Weltkrieg brachte einige Begegnungen außerhalb Großbritanniens (Jalta, Potsdam) und nach 1997 gab es für einige Jahre Begegnungen auf G8-Ebene – das war dann 2014 schon wieder vorbei, als Russland die Krim besetzte. Das dünne UK-Russland-Beziehungsgewirr war ohnehin kein ernst zu nehmender Ersatz für das Pflegen bilateraler Beziehungen zwischen einem führenden westlichen Land und Russland.

Dass Putin die Mehrheit für den BREXIT 2016 bei der Volksbefragung im Juni im Vereinigten Königreich als einen persönlichen Erfolg seiner Politik ansah – erkennbar mit destabilisierender Beimischung von russischen Oligarchen (mit

doppelter Staatsbürgerschaft und einer dabei sichtbaren Neigung, mit Spenden die Konservative Partei von Cameron, May und Johnson als Vorsitzende beziehungsweise Regierungschefs zu stärken) – ist offensichtlich: Öffentlich hat Putin mit Blick auf die britische Politikdebatte darauf hingewiesen, dass das BREXIT-Referendumsergebnis ja demokratisch verlange, dass ein BREXIT vollzogen werde. Ökonomisch lief das auf eine sichtbare Schwächung der EU, Großbritanniens und neue politische Konflikte im Vereinigten Königreich hinaus.

Die stärkste Einbindung Russlands in das Internationale System gelang 2012, als Russland Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) wurde. Die WTO aber war 2016 mit der Wahl des Populisten Trump schon auf der Abschussliste der US-Administration. 2020 war die WTO dann tatsächlich nicht mehr handlungsfähig, weil die USA unter Trump die Nachwahl von Richtern für das Berufungsgericht der WTO blockierten. Trump machte seiner Wählerschaft weis, dass die USA von einem aggressiven Handels-Bilateralismus mehr profitieren könnten als von einer multilateralen Ordnung mit wichtigen Aufgaben für die großen internationalen Wirtschaftsorganisationen; letztere doch dominiert von den Vereinigten Staaten, die als führende (digitale) Wirtschaftsmacht, plötzlich einen Wirtschaftskrieg mit China führen wollten.

Mit Präsident Biden kam eine zeitweise Politik-Normalisierung in den USA zustande und eine halbe Wiederbelegung der WTO gelang; aber auch die Biden-Regierung suchte Erfolg in einem neuen Bilateralismus: Statt klar auf geduldige WTO-Reformen zu setzen, wurde mit dem Trade and Technology Council eine neue USA-EU-Institution gegründet, die mit politischer Energie teilweise in 2021/2022 eine Art Ersatz-WTO von Demokratien für technologierelevante Wirtschaftszweige zu entwickeln suchte. Das Ärgernis aus US-Sicht bei vielen Internationalen Organisationen, von der UN über die WTO bis zur Weltbank, ist, dass dort auch undemokratische Länder mitwirken und autoritäre Länder nicht selten – man denke an Russland oder China – Lösungen von aus westlicher Sicht vernünftigen Ansätzen verhinderten. In der UN erbrachte die Abstimmung zum Ukraine-Russland Krieg zwar eine klare Mehrheit von Ländern auf der Seite der USA. Die Länder, die sich enthielten – darunter Indien und China – standen für fast die Hälfte der Weltbevölkerung. Realpolitik im 21. Jahrhundert könnte für den Westen viel schwieriger werden als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Der Westen, allen voran die USA, reagierte prompt auf die Invasion Russlands mit harten Sanktionen gegen die russische Wirtschaft und den russischen Staat – genauer gesagt gegen die russische Führung und die Eliten. Die EU hatte

bis Mitte Juni 2022 sechs Sanktionspakete auf den Weg gebracht. Massive Erhöhungen der Öl- und Gaspreise, gern gesehen in Russland, haben den Inflationsdruck in den Industrie- und Entwicklungsländern zeitweise verstärkt und den Aufschwung in den Mitgliedsländern der OECD mittelfristig geschwächt – und das in einer Zeit, in der die Wirtschaft im Zuge der Corona-Rezession unter Druck steht. In der Tat liegt der Schwerpunkt der folgenden Analyse im Wesentlichen auf den wirtschaftlichen Aspekten bzw. Auswirkungen des russisch-ukrainischen Krieges.

Die vorliegende Studie wurde vor dem Hintergrund einer oft emotionalisierten Debatte in der EU und den USA verfasst, da die schrecklichen Bilder des Krieges jeden Fernseher, jede Zeitung, jeden Computer und jedes Smartphone erreichten. In vielen Fällen gab es laute Rufe nach einem sofortigen Energieimport-Boykott der europäischen Länder gegen Russland im Frühjahr 2022, und auch in den Parlamenten mehrerer EU-Länder waren Erklärungen zu hören, die die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine unterstützten.

Vor allem wurde in der politischen Debatte in Europa vielfach gefordert, dass Deutschland sich stärker als Führungsland bei den Sanktionen engagieren sollte. Ein Energieimport-Embargo wurde häufig mit der Begründung gefordert, dass auf diese Weise Russlands Finanzbasis für den Krieg gegen die Ukraine deutlich geschwächt werde; die EU finanziere ohne Boykott gegen Russland quasi den Krieg gegen die Ukraine. Diese Sichtweise ist jedoch aus ökonomischer Sicht kaum haltbar.

Die ökonomischen Effekte des Russland-Ukraine-Krieges betreffen Handel, Direktinvestitionen und Gastarbeiter-Überweisungen in Europa und weltweit. Zudem gibt es erhebliche Änderungen in den Öl- und Gaspreisen und darüber hinaus eine breite transatlantische Debatte über die Frage eines möglichen Energieimport-Embargos der EU gegenüber Russland und den damit verbundenen ökonomischen Effekten. Schließlich ist auch die Herausforderung großer Flüchtlingsbewegungen und der Hilfen der OECD-Ländergruppe für die Ukraine beziehungsweise das ukrainische Volk thematisiert worden – mit sehr irreführender Behauptung bezüglich der letzteren durch das Kieler Institut für Weltwirtschaft. Wenig angemessen ist auch die Bachmann et al.-Studie zur Frage eines deutschen Embargos gegenüber Russland, die wegen methodischer Schwächen die Rezessionsgefahren für Europa unterschätzt und das politische Konfliktfeld kaum vernünftig geheizter Haushalte mit Gas-Heizung in einem harten Winter nicht sieht.

Genauer betrachtet sind sinnvolle Strategien zu realisieren: unterschiedlich beim Gas- und beim Ölimport der Europäischen Union. Russlands Aggression gilt es in die Schranken zu weisen – auch durch eine gestärkte und handlungsfähige EU. In diesem Kontext ist jedoch eine rasche EU-Ukraine-Erweiterung bedenklich, ein Sprengsatz für den nächsten BREXIT. Wie man eine neue stabile und menschenfreundliche Weltordnung mit guten Perspektiven für Klimaneutralität herbeiführen kann, ist die große Frage am Ende: nicht durch einen dauerhaften Ausschluss Russlands, sondern eine Integration des Landes nach umfassenden politischen Reformen (und Putin wird nicht immer sein).

Die Frage, wie eine sinnvolle Sanktionsstrategie gegen Russland aussehen sollte, ist in der Tat kompliziert; das Ziel ist natürlich, Präsident Putin zu möglichst baldigen Friedensverhandlungen mit Kiew zu bewegen und ganz allgemein die Kriegsbereitschaft und Fähigkeit Russlands (in der Ukraine oder anderswo) zu verringern. Es wäre wenig sinnvoll, eine rein symbolische Sanktionspolitik zu betreiben. In Deutschland wurde seit dem Einmarsch erheblicher politischer Druck in diese Richtung aufgebaut, mit dem Argument, dass Russland seine Kriegsanstrengungen nachlassen würde, wenn seine Energieexporte nach Westen reduziert würden. Dies ist kaum realistisch. Auch kann es bei einer Sanktionspolitik nicht nur darum gehen, der russischen Wirtschaft insgesamt maximalen Schaden zuzufügen – etwa mit dem Effekt, die russische Wirtschaft in eine schwere Rezession zu stürzen, die mehrere Jahre dauern könnte. Eine maximale Destabilisierung Russlands ist nicht im Interesse des Westens; dass Russland den Krieg in der Ukraine nicht gewinnt, allerdings schon.

Deutschland erlebte Anfang der 1930er Jahre eine dreijährige Rezession, in der das reale Volkseinkommen um insgesamt 16% sank – die Folge war eine völlige politische Destabilisierung und die massive Radikalisierung, die schließlich 1933 die Nazis an die Macht brachte. Deutschland sollte aus seiner eigenen Geschichte gelernt haben, Impulse für eine weitere politische Radikalisierung in Russland sind nicht im Interesse Europas; allerdings wird es auch schwierig sein, jene russischen Politiker zur Rechenschaft zu ziehen, die für den Angriff auf die Ukraine Verantwortung tragen und das Völkerrecht gebrochen haben. Die Aussicht auf einen Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag dürfte jedoch sowohl für den weißrussischen Präsidenten Lukaschenko, der Tausende von Oppositionellen willkürlich inhaftiert und zugelassen hat, dass sein Land als Schauplatz für den Einmarsch in die Ukraine genutzt wurde, als auch für Präsident Putin ein reales Risiko darstellen.

Anstatt Russland erfolgreich und friedlich in eine Phase stabiler wirtschaftlicher Expansion zu führen, hat Präsident Putin einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen – ohne nachvollziehbare Begründung. Damit hat Putin Russland faktisch aus der Weltwirtschaft entfernt; und wenn China naiverweise Russland weiterhin unkritisch unterstützt, könnte auch China fast die gleiche Wirtschaftskrise erleben wie Russland unter Wladimir Putin. Ein offensichtlicher Mangel an kompetenten Beratern hat den russischen Staatschef in eine gefährliche Sackgasse geführt.

Aus ökonomischer Sicht hat sich im Frühjahr 2022 eine Debatte über sinnvolle Möglichkeiten einer westlichen Sanktionsstrategie gegenüber Russland entwickelt. In Deutschland und der EU sowie den Vereinigten Staaten wurden auf Basis einer Studie von Bachmann et al. zur Option eines deutschen Energieimport-Boykotts gegenüber Russland Fragen nach sinnvollen weiteren Sanktionen gegen Russland diskutiert. Dabei gab es jedoch auch schon im März 2022 weitere Studien, die den Realeinkommensverlust Deutschlands deutlich höher einschätzten als die Analyse von Bachmann et al., die nur auf einen Rückgang beim Bruttoinlandsprodukt von 0,5 bis 2,2 Prozent kommen. Speziell ein Gasimport-Boykott gegenüber Russland wird in Deutschland beziehungsweise der EU die Sektoren Chemie, Stahl/Metallbau und den Lebensmittelsektor empfindlich treffen. Dabei kann es erhebliche negative Arbeitplatzeffekte – via Lieferverflechtungen – auch in anderen Sektoren geben. Eine starke Erhöhung des Öl- beziehungsweise Benzinpreises wirkt im Übrigen dämpfend auf die Autoproduktion, die in vielen EU-Ländern eine wichtige ökonomische Aktivität ist.

Das von Ricardo Hausmann und Daniel Gros vorgeschlagene Sanktionsinstrument eines EU-Importzolls auf Russlands Gasexporte funktioniert nicht wirklich: Denn hier wird (bei Gros) angenommen, dass Gazprom als Russlands Exportfirma bei Gas sich als gewinnmaximierender Monopolist verhält, was im Kontext des Ukraine-Russland-Krieges eher wenig plausibel ist. Vielmehr dürfte Gazprom der Politiklinie des Kreml folgen und dessen Ziele aufnehmen; ohnehin ist ein Duopol-Modell der EU-Gas-Marktsituation mehr angemessen als ein Gazprom-Monopolmodell. Im Duopol ist kaum zu erwarten, anders als im Monopol-Fall, dass die staatlichen Einnahmen aus einer EU-Gas-Importsteuer auf russisches Erdgas ausreichen, um die Nachteile für die Verbraucherschaft – bei erhöhten Gaspreisen – durch erhöhte Transfers zu kompensieren. Dennoch kann unter bestimmten Umständen ein Gasimport-Zoll sinnvoll als Teil der Sanktionen gegen Russland sein.

Wenig bekannt ist im Übrigen offenbar, dass etwa ein Energieimport-Boycott der EU-Länder gegenüber Russland zur Konsequenz hätte, dass etwa Deutschland und Frankreich neben den eigenen nationalen Wirtschaftsproblemen auch noch Öl und Gas an osteuropäische EU-Mitgliedsländer zu liefern hätten: als Teil der Solidaritätsverpflichtungen in der EU im Krisenfall. Es käme im Zweifelsfall auch noch das Erfordernis hinzu, dass die EU-Länder und Großbritannien auch Gas an die Ukraine zu liefern hätten. Deren Präsident Selenskyj verteidigt die Interessen seines Landes und versucht offenbar in diesem Kontext, die Nato in den Ukraine-Russland-Krieg in verschiedener Weise hineinzuziehen – auch wenn das das Risiko eines dritten Weltkrieges zwischen Nato-Ländern und Russland mit sich bringt.

Umstritten ist, wie stark ein Energieimport-Embargo Deutschland oder von Seiten der EU Russlands Wirtschaftswachstum schwächen wird; und ob man über ein Embargo die Kriegsneigung von Präsident Putin wird deutlich vermindern können beziehungsweise ob die Fähigkeit Russlands zur Kriegsführung so erheblich eingeschränkt werden kann. Es besteht kein Zweifel, dass Russland sein Öl (möglicherweise nicht mehr absetzbar im Westen) mit einem Preisabschlag in Asien wird verkaufen können. Im Fall eines westlichen Gasimport-Boycotts gegenüber Russland oder eines russischen Gasexport-Boycotts wird es auch zu einem Angebotsüberschuss von Gas von Seiten Russlands kommen; überschüssiges Gas lässt sich kurzfristig eher schwer verkaufen, da ja Pipelines beim Gasexport dominieren und die Gastransportkapazitäten vieler Pipelines ausgebucht sind. Die Finanzsanktionen des Westens gegenüber Russland dürften schärfer wirken, wobei sie in manchen Punkten auch als fragwürdig erscheinen. Die Problematik eines Cyberkrieges zwischen Russland und den OECD-Ländern (oder NATO-Ländern) sollte man nicht unterschätzen als zusätzliche Stördimension. Dass der Westen Sanktionen gegen Russland verhängt, ohne dass von dort Gegenseanktionen kämen, sollte man nicht annehmen. Auch ohne Energieimport-Boycott von EU-Ländern wird Russlands Wirtschaft mittelfristig deutlich schrumpfen; allein in 2022 um gut 10% und in den Folgejahren wird die Rezession weitergehen.

Ein Wirtschaftseinbruch in Russland wird vermutlich zunächst einen geringen Einfluss auf Russlands Kriegsneigung in der Ukraine haben; in jedem Fall wird es zu ökonomischen Destabilisierungseffekten in zentralasiatischen Ländern führen – zwei Länder verzeichneten 2021 einen Zufluss von Gastarbeiterüberweisungen aus Russland, die mehr als 15% des jeweiligen Nationaleinkommens ausmachten. Steigende Arbeitslosigkeit in Russland wird sicher-

lich gerade auch Gastarbeiter:innen aus zentralasiatischen Ländern treffen, der Wohlstand und die Importmöglichkeiten dieser Länder werden dann sinken. Schon jetzt bestehende Grenzstreitigkeiten zwischen einigen zentralasiatischen Ländern könnten sich in einer Phase schwacher Wirtschaftsentwicklung verstärken, wobei Russland als bisherige regionale Ordnungsmacht vorübergehend ausfällt; die EU ist gar nicht präsent, allenfalls die Türkei könnte ihre Rolle als Einfluss- und Ordnungsmacht in der Region ausbauen. Westliche Wirtschaftssanktionen gegen Russland haben sicherlich nicht nur einen Einfluss auf Russlands Regierung, sondern auf viele Länder in der Welt.

Da Russland und die Ukraine beide führende Exporteure von Weizen und wichtigen Rohstoffen sind, kann der Ukraine-Russland-Krieg auch zu erheblichen Problemen bei der Produktion von Industriegütern in den OECD-Ländern sowie zu massiven Preiserhöhungen und mehr Hunger in Entwicklungsländern führen. Hier dämpfend mit Hilfsfonds einzuwirken, ist eine wichtige Aufgabe von IMF, Weltbank und der UN-Organisation FAO (Welternährungsorganisation). Der internationale Währungsfonds wird auch seine Politiküberwachung gegenüber der Ukraine und auch gegenüber Russland weiterführen. Ich selbst war vom IMF 1998 in der Russland-Krise zu einem Experten-Meeting nach Washington DC eingeladen worden. Die damalige Diskussion unter den Expertinnen und Experten war in einigen Punkten wohl hilfreich. Aber die Russland-Krise war paradoxerweise damals mitverursacht worden durch den sonderbaren IMF-Rat an Russland, den Wechselkurs gegenüber dem Dollar zu fixieren. Das war ein klarer Widerspruch gegen die ökonomischen Standard-Ansätze in der Theorie optimaler Währungsräume, wonach ein Land wie Russland – mit Dominanz von wenigen Gütern im Export (hier: Energie-Exporten) – flexible Wechselkurse haben sollte.

In der von Stanley Fischer geleiteten Experten-Sitzung in Washington DC konnte ich auf eine breite Transformations- und Russlandforschung am EIIW Bezug nehmen; ich verwies im Übrigen auf das Problem, dass am Tisch kein Vertreter von BOFIT/Bank of Finland anwesend war: Obwohl doch die Analysen der Russland-Experten der Finnischen Zentralbank als führend in der Forschung anzusehen waren.

Man mag hoffen, dass die Kompetenz der IMF-Teams im Kontext des Ukraine-Russland-Krieges angemessen hoch ist. Über die Kompetenz westlicher und speziell deutscher Russland-Politik in den Jahrzehnten vor 2022 wird öffentlich gestritten. Nicht wenige Moderator:innen in TV-Diskussionsrunden stellen die Lage so dar, dass man immer schon hätte wissen können und sollen, dass Russland eines Tages militärisch gegen die Ukraine vorgehen wird; und dass die

deutsche (und westeuropäische) Formel Wandel durch Annäherung – speziell: Handel bringt Wandel – einer Fehleinschätzung entsprach. Dabei haben dieselben Moderator:innen jedoch in den vergangenen Jahrzehnten erstens kaum kritischere Fragen zur Russland-Politik gestellt; vielleicht mit Ausnahme des Nord Stream 2-Gas-Pipelineprojektes.

Zweitens ist die Vorstellung, dass größere Handelsintensität zwischen Ländern dem Frieden dienlich sei, eine alte Sichtweise, die auf den britischen Ökonomen David Ricardo im 19. Jahrhundert zurückgeführt werden kann. Aber leider hat die Wirtschaftsgeschichte ja nicht selten gezeigt, dass ein Mehr an Handel nur eine notwendige Bedingung für Frieden ist; sonst hätte es ja zum Beispiel keine Balkan-Kriege nach dem Zerfall Jugoslawiens gegeben. Für Deutschland und andere EU-Länder brachte der Kosovo-Krieg 1999 eine erste Zeitenwende in Sachen großer Flüchtlingsbewegungen. Bodo Hombach, ehemals Chef des Kanzleramtes unter Bundeskanzler Schröder, hat in einem Vortrag vor Jahren in Washington darauf hingewiesen, dass Deutschlands Mitwirkung im Kosovo-Krieg motiviert war durch die Furcht vor einer unkontrollierbaren Flüchtlingswelle vom Balkan nach Deutschland, die im Fall einer fortgesetzten und ausgeweiteten Herrschaft des gegen viele Kosovaren und Bosnier gewalttätigen serbischen Präsidenten Milošević zu erwarten gewesen wäre.

Die massiven Flüchtlingsbewegungen aus der Ukraine im Frühjahr 2022 bedeuten für die Zufluchtsländer – vor allem Polen und andere osteuropäische EU-Länder, aber auch Deutschland, Italien und Frankreich – einen gesamtwirtschaftlichen Nachfrageschub und natürlich auch Probleme bei der Wohnungssuche, die kurzfristig zu Preissteigerungen auf dem Immobilienmarkt führen können. Mittelfristig, wenn ein Teil der Flüchtlinge in die jeweiligen Arbeitsmärkte integriert ist, wird es auch einen positiven Wachstumseffekt geben. Einige EU-Länder haben große Zusagen für Flüchtlinge aus der Ukraine gemacht: Polen und einige andere osteuropäische EU-Länder sowie Deutschland und Italien sind in diesem Zusammenhang führend. Eine genauere vergleichende Betrachtung der Hilfszusagen für die Ukraine – relativ zum Realeinkommen der Geberländer – zeigt interessante (und recht unterschiedliche) Rankings; es gibt ein IfW-Kiel-Ranking, das die Ausgaben für Flüchtlinge ignoriert, und ein alternatives EIIW-Ranking, das die Ausgaben für ukrainische Flüchtlinge einschließt.

Viele Länder der EU haben mit einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf Russlands Angriff auf die Ukraine reagiert. Höhere Verteidigungsausgaben sind ein positiver Nachfrageimpuls in den OECD-Ländern. Zugleich ist zu

bedenken, dass die Fülle westlicher Sanktionsmaßnahmen und russischer Gegenmaßnahmen auf eine erhebliche Schwächung der globalen Wirtschaftsintegration hinauslaufen kann.

Der Ukraine-Russland-Krieg wird sich wirtschaftlich stark negativ auswirken. Die Abschwächung des westlichen Wirtschaftsaufschwungs und der Anstieg der Verteidigungsausgaben in Deutschland und anderen westlichen Ländern werden die Defizitquote der öffentlichen Haushalte erhöhen. In einigen westlichen Ländern ist jedoch nicht mit einem Anstieg der Realzinsen zu rechnen – so gelten beispielsweise die USA, das Vereinigte Königreich, Deutschland und Frankreich aus Sicht internationaler Investoren als „sichere Häfen“. Angesichts des Inflationsdrucks müssten die Zentralbanken der USA, des Vereinigten Königreichs und der Eurozone die Leitzinsen im Jahr 2022 eigentlich deutlich anheben, doch aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche in den OECD-Ländern werden einige Zentralbanken solche Maßnahmen aufschieben. Es bleibt abzuwarten, ob sich daraus mittelfristig ernsthafte Stagflationsrisiken ergeben werden.

Die Weltwirtschaftsordnung könnte sich grundlegend ändern, wenn es nicht gelingt, den Ukraine-Russland-Krieg relativ rasch zu beenden und Russlands Rolle als aktives Mitglied wichtiger internationaler Organisationen wiederherzustellen. Dieser Prozess dürfte ohnehin rund ein Jahrzehnt dauern. Wenn allerdings China und Russland politisch und militärisch zusammenrücken sollten und eine Schwächung der Internationalen Organisationen nicht zu vermeiden wäre, dann droht der Zerfall der jetzigen internationalen regelbasierten internationalen Wirtschaftsordnung. Für durch Handel und Kapitalverkehr international stark positionierte Länder wie Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Belgien, Schweiz und viele andere wäre dies eine strukturelle Verschlechterung; und eine Bedrohung des langfristigen Wohlstandes. Es droht dann wohl längerfristig eine Militarisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Die vorgelegte Studie greift frühere Analysen zur Systemtransformation in Russland, Polen, Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern auf – bis hin zu einem Projekt noch in der Ära Gorbatschow, wobei zum Projekt-Team auch Wissenschaftler:innen aus St. Petersburg (Leontief Institut) und der Universität Charkiw gehörten. Die Systemtransformation ist mit Blick auf den Krieg Ukraine-Russland nur teilweise gelungen und die Frage, wie man Wohlstand, internationale Wirtschaftskooperation und Frieden in Europa dauerhaft sichern kann, beschreibt eine weiter bestehende Herausforderung. Der Wirtschaft in Deutschland und der Eurozone stehen nach 2022/2023 erhebliche

strukturelle Anpassungen bevor, die Weltwirtschaft ist mit erhöhtem Inflationsdruck, Tendenzen zur Deglobalisierung und zu verlangsamtem Wirtschaftswachstum sowie verschlechterter Kooperation in der internationalen Klimapolitik konfrontiert. Die Corona-Krise in Europa und der Weltwirtschaft ist noch nicht wirklich überwunden, da hat der Ukraine-Russland-Krieg zu erheblichen Preisschocks in vielen Regionen der Weltwirtschaft geführt und dürfte die Finanzmärkte noch mehrere Jahre belasten; erhöhte Risiken in den Industrieländern werden sich in verstärkten Schwankungen unter anderem der Aktienmärkte niederschlagen.

Der Wiederaufbau der Ukraine wird die westlichen Länder besonders fordern. Die EU-Integration dürfte sich intensivieren, zugleich wird sie komplizierter, weil sich mit einer vermutlich beschleunigten EU-Erweiterung um einige Balkan-Länder die ökonomische Heterogenität in der Europäischen Union erhöht. Das erschwert das Finden eines politischen Konsenses. Im Fall einer Ukraine-Erweiterung der EU gilt das in ähnlicher Weise; ein rasche und wenig durchdachte EU-Erweiterung dürfte zu einem nächsten BREXIT-Fall führen. Bislang hat die EU aus dem BREXIT-Debakel keine wirklichen Folgerungen gezogen.

Es wird eine schwierige Aufgabe für die EU bleiben, gute Beziehungen zu Russland und China zu sichern und Sicherheit in ganz Europa wiederherzustellen. Die ökonomischen Debatten und die Hauptaspekte, die hier beleuchtet werden sind vielfältig, die Effekte des Ukraine-Russland-Krieges sind global und betreffen die Globalisierungsdynamik grundlegend. Mittelfristig ist von einer zumindest zeitweiligen Deglobalisierung der Wirtschaft auszugehen und der Einfluss der Internationalen Organisationen dürfte zurückgehen: eine schlechte Perspektive in einer Phase verstärkter internationaler Konfliktneigungen. Es werden im Kontext des Ukraine-Russland-Krieges in Europa, den USA, Asien und Afrika eine ganze Reihe von Entscheidungen zu treffen sein und die vorgelegten Analysebefunde sind in vielen Bereichen von grundlegender Bedeutung. Natürlich kann die vorliegende Studie nur ein begrenztes Problemfeld abarbeiten. Aber die Verbindung der aufgezeigten Fragen und die verwendete Forschungsmethodik zu wichtigen Themen dürfte den Leserinnen und Lesern hoffentlich eine Analysequalität bieten, die nachhaltig ansprechend sein sollte und vorgetragene Warnhinweise und empfohlene Politikoptionen neuer Art können nützlich sein.

Es ist im ersten Kriegsjahr grundsätzlich nicht möglich, Einzelheiten der weiteren Kriegsdynamik zu prognostizieren. Aber wesentliche ökonomi-

sche Gefahren und Risiken, ernste absehbare Veränderungen in der Weltordnung kann man gleichwohl absehen. Tatsächlich führt der relativ beschränkte Ukraine-Russland-Krieg zu weltweiten Problemen und gewichtigen Änderungen unter anderem in der Außenwirtschafts- und Kooperationspolitik. Kritische Wirtschaftsfragen, die im Westen seit diesem Krieg mit Blick auf Russland gestellt werden, stellen sich ansatzweise auch mit Blick auf China, das sich als politischer Verbündeter Russlands positioniert hat. Die neue globale Ordnung dürfte weniger durch Globalisierung und internationale weltweite Kooperation gekennzeichnet sein; und hier liegen dann erhebliche Risiken nicht nur für Wohlstand und Stabilität in den Industrieländern und weltweit, sondern auch für die globale Klimaschutzpolitik. Letztere kann man erfolgreich umsetzen nur in einer Kooperation des Westens mit Russland und China sowie anderen wichtigen Ländergruppen. Für einige Jahre dürfte hier die Kooperation deutlich schwerer werden; und ein absehbar verminderter globaler Technologiehandel – und vermutlich weniger Direktinvestitionen relativ zum Welteinkommen – wird es auch erschweren, über erhöhte globale Innovationendynamik schneller beziehungsweise optimal zur Klimaneutralität bis 2050 zu kommen. Fürs erste ist der schreckliche Krieg in der Ukraine die große internationale Herausforderung; und wie man ihn dauerhaft stoppen kann.

Eines der merkwürdigen Ergebnisse der hier vorgestellten Analyse ist, dass Wissenschaft und Politik im Westen bestimmte relevante und zeitgemäße Studien zu Russland bzw. zu Putins eigenem ideologischen Rahmen nicht wirklich aufgegriffen haben. Etwa das im Jahr 2015 von dem französischen Philosophen Michel Eltchaninoff veröffentlichte aufschlussreiche Buch, das ein Jahr später auch auf Deutsch erschien; auf Englisch erschien es jedoch erst 2018.

Die englische Ausgabe des Buches wurde in den folgenden drei Jahren nur sehr selten zitiert – wobei anzumerken ist, dass ein solches Zitat von einer US-amerikanischen Militäranalystin in ihrer Veröffentlichung stammt. Leider hat diese Autorin Eltchaninoffs Analyse missverstanden und kam zu dem Schluss, dass eine weitere militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine nicht zu erwarten sei. Man kann sich nur fragen, inwieweit die Studie von Eltchaninoff rechtzeitig – oder überhaupt – von westlichen Geheimdiensten und Politikern aufgegriffen wurde. Im Übrigen ist die Medienberichterstattung über die Ukraine und verwandte Themen mitunter seltsam fehlerhaft (selbst die Weltbank veröffentlichte am 10. April 2022 eine Pressemitteilung, in der beispielsweise die Summe der Gastarbeiterüberweisungen aus Russland nach Kirgisistan und Tadschikistan doppelt so hoch angegeben wurde, wie sie tatsächlich war). Dass in bestimmten

Nachrichtensendungen des deutschen Fernsehens im März 2022 von Reportern auch immer wieder Millionen und Milliarden Euro an EU-Militärhilfe verwechselt wurden, ist übrigens besorgniserregend für die Qualität des Journalismus bei einem sehr wichtigen Thema und geradezu gefährlich im Hinblick auf eine mögliche Eskalation im Sinne eines EU-Russland-Konflikts.

Letztlich stellt sich für die Politik die große Frage, wie eine neue, stabile und humanitäre Weltordnung mit guten Aussichten auf Klimaneutralität erreicht werden kann – nicht durch einen dauerhaften Ausschluss Russlands aus der Weltgemeinschaft, sondern durch eine bessere Einbindung des Landes erst nach umfassenden politischen Reformen.

Wenn man die vier Wirtschaftsfelder Alterung der Gesellschaft, IKT-Expansion (IKT steht für Informations- und Kommunikationstechnologie), ökonomische Ungleichheit und Globalisierung (Handel und Direktinvestitionen) betrachtet und auf den Ukraine-Russland-Krieg bezieht, so ergeben sich wichtige Perspektiven für die Länder Russland, China, EU – plus UK, Ukraine – sowie Japan und China; je nach Ukraine-Russland-Szenario ergeben sich hier zwei alternative Szenarios auf mittlere Sicht, wobei mittelfristig ein Anstieg der nominalen und langfristig der realen Zinssätze zu erwarten ist. Der Ukraine-Russland-Krieg sorgt für eine internationale Abkühlung der Wirtschaftsentwicklung, was für China einen Dämpfungseffekt beim realen Wachstum und eine niedrigere Inflationsrate als in den USA und der Eurozone plus UK bringt. Im Vereinigten Königreich wird die Johnson-Regierung darauf drängen, dass im Windschatten des Ukraine-Russland-Krieges das auf Nordirland bezogene britische Abkommen mit der EU gekündigt werden wird. Die USA werden, so Parlamentssprecherin Pelosi, das jedoch ablehnen – ein USA-UK-Freihandelsabkommen könne es nicht geben, so ihre Aussage, wenn UK faktisch das Karfreitagsabkommen über Nordirland (an dem hatten die USA mitgewirkt) beerdigen wolle. Der britische Ansatz nach dem BREXIT, nämlich Global Britain, könnte dann nicht wirksam sein: also deutlich mehr globaler Handel nach dem EU-Austritt. Er wird auch deshalb kaum realisierbar sein, weil die USA die Welthandelsorganisation unter der Biden-Administration nur teilweise wieder aktiviert haben; Schwierigkeiten bei Reformen der Organisation haben die Biden-Regierung veranlasst, in 2021/2022 internationale Handelsfragen stärker über die neue US-EU-Institution Transatlantic Technology Council, TTC, zu organisieren, was für UK einen BREXIT-bedingten Nachteil bedeutet.

Die Ukraine wird auf eine schnelle EU-Mitgliedschaft nach einem Friedensschluss mit Russland drängen, aber dazu kann man der EU kaum raten, da die Risiken für den nächsten BREXIT dann relativ hoch sein werden, sofern man nicht eine wirklich durchdachte EU-seitige Aufnahmestrategie für die Ukraine entwickelt. Wenn die nächste übereilte EU-Osterweiterung nur den weiteren EU-Zerfall beschleunigen sollte, hätte Putin wohl sein Ziel der Schwächung des Westens in verschiedenen Bereichen doch erreicht. Aus EU-Sicht ist die US-Führung mit einem Fragezeichen auf mittlere Sicht zu sehen, denn die USA sind latent politisch instabil wegen der enormen ökonomischen Ungleichheit, die man durch Sozialpolitik europäischer Art überwinden könnte, während zugleich Umfragen in den USA zeigen, dass die Mehrheit der Wählerschaft eine solche Sozialpolitik nicht wünscht. Vielmehr will eine relative Mehrheit der Befragten (Welfens, Trump Global, 2020; Welfens, The Global Trump, 2019), dass die US-Großunternehmen die Ungleichheit durch veränderte Lohnstrukturen in den Unternehmen beseitigen soll: eine illusorische Erwartung in der US-Marktwirtschaft, was wiederum den Neuaufstieg des US-Populismus, also einen Trumpismus begünstigt (mitsamt politischer Polarisierung, die eine westliche Führungsrolle kaum ermöglichen wird).

Es liegt daher an der – schon teilweise überforderten – Europäischen Union, durch kluge Reform- und Politikprojekte zur Stabilisierung des Westens beizutragen und dabei letztlich auch die USA zu veranlassen, stärker auf eine Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung für das 21. Jahrhundert umzuschwenken. Eine mehrjährige Besetzung von Teilen der Ukraine durch Russland wird eine relativ instabile Situation mitten in Europa entstehen lassen. Die vorliegende Analyse zeigt insgesamt, wie der schreckliche Ukraine-Russland-Krieg entstehen konnte; politische Fehler in Teilen des Westens und sicher auch bei Russland sowie Schwächen der westlichen Russland-Forschung sind zwei wichtige Erklärungspfeiler. Es besteht im Übrigen nur wenig Anlass zu glauben, dass die Marktwirtschaft der USA inhärent stabil ist – schon die Transatlantische Bankenkrise hat enorme Schwachpunkte des anglo-amerikanischen Modells gezeigt. Der Westen ist aber in seinen Demokratien in wichtigen Feldern immer auch reformfähig geblieben, was die Kombination von Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaat langfristig attraktiv machen kann und vielleicht eines Tages ein Umdenken in China bewirken kann.

Meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik und am EIW an der Bergischen Universität Wuppertal danke ich sehr für die Unterstützung im Forschungsprozess, allen voran Julia

Bahlmann, Kaan Celebi, David Hanrahan, Alina Wilke, Tobias Zander und Tian Xiong; sowie Christina Wiens, Rebecca Addy und David Hanrahan für redaktionelle Hilfe. Für wertvolle Hinweise zu ökonomischen Aspekten eines deutschen Energieimport-Boykotts bin ich meinem Kollegen Werner Roeger sehr dankbar. Die Verantwortung für die Analyse liegt allein bei mir.

Wuppertal, 1. Juli 2022

Paul JJ Welfens, President of the European Institute for International Economic Relations (EIIW) at the University of Wuppertal, Chair of Macroeconomics at the Schumpeter School of Business and Economics and Jean Monnet Chair for European Economic Integration, University of Wuppertal; IZA Fellow, Bonn, Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University.



1

Der Start des Ukraine-Russland-Krieges

Der Ukraine-Russland-Krieg, der Ende Februar 2022 von Russlands Aggression begonnen wurde, hat zu beträchtlichen Waffenlieferungen durch Nato-Länder an die Ukraine plus Wirtschafts-Sanktionsmaßnahmen des Westens und dabei auch der EU geführt. Dazu gehören Eingriffe in die internationalen Finanzströme beziehungsweise die Fähigkeit einer erheblichen Zahl von Banken Russlands, am internationalen Zahlungsverkehr – etwa via SWIFT-Netzwerk – mitzuwirken. Hinzu kommt ein relativ umfassendes EU-Ölimport-Embargo gegenüber Russland, allerdings kein Embargo der EU bei Gas aus Russland. Hingegen hat Russland seinerseits Gas-Lieferungen bis Jahresmitte 2022 bei fünf EU-Ländern gestoppt und schrittweise Gas-Lieferkürzungen durch Russland an Deutschland und Italien im Juni dürften Ausdruck russischer Gegenmaßnahmen gegen EU-Sanktionen sein. Gas-Lagerstätten in Russland könnten Gazprom und andere Energiekonzerne Russlands für einige Zeit schließen, von russischen Exporten abhängige Länder wie Deutschland, Österreich und Italien sowie einige osteuropäische EU-Länder – und die Ukraine – könnten bei einem russischen Lieferboykott vor ernste Probleme gestellt sein.

Insgesamt gibt es eine Art Wirtschaftskrieg zwischen dem Westen plus Japan, Korea sowie Australien und Russland. Der Ukraine-Russland-Krieg selbst hat erhebliche Auswirkungen in der angegriffenen Ukraine, aber auch in Russland. Die Position Russlands als ein großer internationaler Exporteur von Öl, Gas, Weizen und Kunstdünger und eine ähnliche Rolle der Ukraine bei Weizen sorgt über steigende Preiserwartungseffekte bei Rohstoffen und Getreide für weltweite ökonomische Effekte, wobei die Vielzahl der politischen Gegnerländer Russlands unter den Industrieländern indirekt die Konfliktwirkung internationalisiert. In Russland selbst gibt es eine vermutlich kleine Opposition gegen den Krieg, vor allem unter jungen Menschen und Intellektuellen. Aber Präsident Putin geht – wie schon früher – hart gegen Protestierer und Kritiker vor. Die Sanktionen des Westens erschweren den wirtschaftlichen Alltag der Menschen in Russland. Aber in den vergangenen 40 Jahren hat Russland auch schon einen Realeinkom-